

Hamburg-Altonaer Volksblatt Gegründet 1875

Nummer 34 Freitag, 4. Februar 1927 53. Jahrgang

Bürgerblut vor und nach der Demaskierung.

Krach im Regierungslager.

Strefemann rief schmunzelnd sich die Hände: die Verpflichtung der Deutschen... hat die Opposition der Rechten ausgehöhlt, hat Westarp und Gergt zur Politik der goldenen Mittellinie befehrt, die Charakterlosigkeit, die unter dem Bürgerkönigum Frankreich regierte, im deutschen Kaiserreich bei den Nationalliberalen geblieben, wird „führendes Prinzip“ der deutschen Republik.

Es hat nicht eine große Sache? Zwar ethisch und ästhetisch gleichermaßen widerlich; aber sollen wir uns nicht freuen, wenn Deutschland „unfruchtbarem Dogmatismus“ den Abschied gibt und an die Stelle der Ueberwindung der Gegensätze im offenen Kampf die Abgleichung aller Ecken und Kanten setzt, so daß die Parteien, wie Kiesel im Bachbett, friedlich beisammen liegen? Das ist ja die einzige Art, im Zustand der Interessengegenstände der bestehenden Klassen wenigstens soweit auszugleichen, daß aufrüttelnden Kämpfen vorgebeugt wird, was nötig ist, soll nicht der Klassenkampf auf der ganzen Linie entbrennen.

Wundergeschick erdacht... Durchführbar aber nur, wenn die politische Entwertung, die Nebellust, in der alle Umrisse verschwinden und schwarze und blaue Klagen ein einheitliches Grau annehmen, bereits besteht. Es haben jedoch nicht einmal die Blockführer die Gegensätze der Interessen und Ideologien völlig auflösen können; vergebens versucht die von Marx verlesene Regierungserklärung die Gegensätze zu verschmelzen. Lange Streifen bringen Unverständlichkeiten; wo auf sozialem Gebiete eine präzise Rede unmöglich war, da folgt in einem Teil der Vorbehalte, zum Beispiel das Washingtoner Abkommen wird erst ratifiziert, wenn die andern es tun. Gerade dort, wo die deutliche Sprache geboten wäre: bei der Steuer- und Wirtschaftspolitik, bricht die Erklärung sich schwammig aus. Dennoch: Festlegung auf Republik und Locarno und Hoity; Verdamnung gewalttätiger Verfassungskämpfung und in Verbindung damit Gelöbnis der Reichswehrreform, es ist nicht wenig.

Aber es gibt nicht nur einen Michaels, der sagt: Wie ich sie auffasse! Eine reservatio mentalis bezieht jeder Parteiführer sich vor, zumal die Deutschnationalen stellen sich laubentstamt und handelnden Schlange. Eindeutiger so gut wie Gergt behielten sich, trotz der Regierungserklärung, eigene Wege vor, etwa wie in den Hamburger Nachrichten es ausgedrückt ist: „Rebation“ der Verfassung, „Trennung der Wehrmacht von den Reichsverbänden“ wie bisher; Abrüstung, wenn „die andern“ es tun; und Sozial- und Wirtschaftspolitik nach den Deutschnationalen geführter Art. Genügende Vorbehalte; redet davon nicht viel; handelt gemäß dem Drang zur Macht.

Aber noch ist politische Gesinnung nicht ein Strefemannsches Brevi. Daß in der Deutschnationalen Partei nur die geistig Armen noch auf Rückkehr der Monarchie hoffen, darf man glauben, immerhin muß den geistig Armen schonende Behandlung werden; Westarps Aufgabe war, ihnen das Papirgericht als Wiltcherei zu servieren. Da aber brach aus dem Manne die innere Natur, die Maste fiel, und die politische Welt sah harte Züge, in die unbedingten Beharren an der Idee zwar nicht der Monarchie, aber des Obrigkeitstums unwiderrlichbar eingegraben ist. Mehr noch: Westarp offenbarte Vorgänge bei der Regierungsbildung, die Praktiken der Hofkammer in den Schatten stellen. Engeisierter blickten Marx und Strefemann in den Saal. Dieser Westarp hat das Regierungsvorhaben zerfallen.

Die Hochherren haben sich folgende aus Kitten gemacht. Es ist eine Situation wie in jenem Schneidewitz: Meister, die Hufe ist fertig, soll ich sie gleich stiften? Sie wird geübt; aber welches Ansehen erwirbt sich die Firma? Diesem Schneidemeister Bürgerblut bleibt die Kundschaft weg! Der Fall hat Bedeutung weit über die Situation hinaus. Er beweist die Unmöglichkeit einer Politik der „Volksgemeinschaft“; er bekräftigt, daß politische Gegensätze nicht verhäßt werden dürfen; Austragen muß man sie, damit eine Linie gewonnen wird, nach der die Politik sich wirklich richtet. Der Bürgerblut beweist den Bankrott der bürgerlichen Idee, der materiellen Wohlfahrt wird folgen. Je klarer und bestimmter die Sozialdemokratie ihre politische Idee herausarbeitet, um so früher wird der dauernde Erfolg ihr zufallen. Bürgerblut ist geistig Selbstbetrug, materiell Wählerbetrug. Deutschland bedarf einer reinlichen und klaren Politik sozialer Demokratie!

Zerbrochenes Porzellan wird gekittet.

SPD. Berlin, 4. Februar. Die Krise ist kaum vorüber — und doch herrsche am Donnerstag wieder Krisenluft, als Graf Westarp mit seinen erläuternden Erklärungen zu dem Regierungsprogramm genötigt hat. Das Zentrum war ob dieser Erklärung außer sich, es trat sofort nach Schluß des Reichstags zu einer Sitzung zusammen und befaßte sich mit den Ausführungen der Zweibeinigen des Grafen Westarp in einer mehr als einständigen Sitzung. Es war vor allen Dingen der neue Reichsfinanzminister Dr. A. G. hier, der in der Fraktionsitzung des Zentrums eine entscheidende

Wolfe der Regierung von den Erklärungen des Grafen Westarp verlangte und mit dem Rücktritt drohte, falls seiner Forderung nicht Folge geleistet würde. Der Erfolg war kurz nach der Sitzung der Zentrumsfraktion eine Ministerbesprechung stattfand, an der alle deutschnationalen Minister unter dem Vorsitz des Reichstagsmarschall Dr. Marx teilnahmen. Gergt erklärte in dieser Besprechung, daß auch nach seiner Auffassung die Rede des Führers seiner Fraktion in verschiedenen Teilen außerordentlich unglücklich gewesen sei und in gewisser Form im außenpolitischen Interesse ein Widerruf nicht nur erforderlich, sondern wünschenswert sei.

Daraufhin legten sich Marx und Strefemann mit deutschnationalen Parteiführern an den Verhandlungstisch und man kam überein, daß von deutschnationaler Seite in der heutigen Plenarsitzung des Reichstags in bezug auf die Rede des Grafen Westarp abgemessene Erklärungen abgegeben werden.

Die Verharmung innerhalb der Zentrumsfraktion über die Rede Westarps ergibt sich auch aus der heutigen Ausgabe der Germania. Das Blatt schreibt u. a.:

„Es klafft zwischen dieser Rede des Vertreters der stärksten Regierungspartei und der Programmklärung der Regierung eine Kluft, die man nicht leicht überbrücken kann. Diese Rede hob im Nachhinein immer auf, was sie im Vorderhinein ausgesprochen hatte. Gab Staatspolitik manches zu, was parteipolitisch gleich wieder zurückgenommen wurde.“

Diese Rede sollte die weisen Männer in der eigenen Fraktion passifizieren und gleichzeitig eine Regierungserklärung sein. Welches ist vorlesend.

Kein Wunder, daß die Rede des Grafen Westarp starke Mißstimmung bei den übrigen Regierungsparteien und auch bei Herrn Strefemann hinterließ. Ein solcher Anfang, der nichts Gutes für die Zukunft verpricht. Diese Politik der Zweibeinigen und Halbheiten kann zu keinem guten Ende führen. Dem Zentrum erwächst aus dieser Situation die Pflicht der doppelten Wachsamkeit über die Einhaltung der Richtlinien, wie sie im Regierungsprogramm verhandelt sind.“

Echo für Marx und Westarp.

Deutschnationalen. Kreuzzeitung (mit Beifall für Westarp): Ein Regierungsprogramm als solches besitzt keine große Bedeutung. Erst die Taten einer Regierung zeigen, was aus einem Programm gemacht werden kann. Wir werden deshalb abwarten müssen, wie weit der Einfluß der vier deutschnationalen Mitglieder im Kabinett zur praktischen Auswirkung gelangen kann.

Deutsche Tageszeitung (gegen Westarp): Die Regierungserklärung bedeutet für niemanden eine Vergewaltigung irgendwelcher Ueberzeugung, eine Preisgabe irgendwelcher Grundzüge. Es ist ein Aufbruch zu praktischer Arbeit und nichts weiter.

Volkspartei. DAZ: Bei den neuen Regierungsparteien ist der ernste Wille vorhanden, die sachliche Arbeit allein andern voranzustellen. Tägliche Rundschau: Der bisherige Kurs der Außenpolitik findet die Billigung aller Mitglieder des Kabinetts und wird getragen von allen Fraktionen, die die Regierung unterstützen. Zentrum. Germania: Dem Zentrum erwächst aus dieser durch Westarp geschaffenen Situation die Pflicht der doppelten Wachsamkeit

über die Einhaltung der Richtlinien, wie sie im Regierungsprogramm verhandelt sind.

Fortschrittler. Berliner Tageblatt: Westarp zerlegt eine nach der andern der Porzellanfiguren, die Marx in seiner Rede sorgfältig aufgebaut hat.

Politische Zeitung: Nach der Regierungserklärung steht es fest, daß die deutschnationalen Minister sich befehrt haben, und da diese Minister als Beauftragte ihrer Fraktion, die um den Inhalt der Westarpschen Formel wachte, in die Regierung hinein gegangen sind, so steht vor aller Welt fest, daß die Partei als solche sich zu neuen Beschlüssen befehrt hat. Das sollte nun der arme Graf Westarp für den Agitationsgebrauch in seiner Reichstagsrede „populär bearbeiten“.

Aus Paris.

Die Regierungserklärung des Kabinetts Marx wird von der Pariser Presse mit großer Zurückhaltung, wenn nicht mit ausgeprochenem Mißtrauen kommentiert. Von links bis rechts begrüßen zwar prinzipiell sämtliche Blätter die Erklärungen des Kabinetts, in ihnen — wie außenpolitische Beziehung, fügen aber hinzu, man habe in Frankreich allen Grund, die Ereignisse mit großer Zurückhaltung abzuwarten, um zu sehen, ob den Worten des Kabinetts dementsprechende Taten folgen werden.

Quotidien: Die Rede des Grafen Westarp hat in dieser ersten Stunde des Wirkens der neuen Regierung den Zwist in dieselbe hineingetragen. Vom ersten Tage an sei das Kabinett Marx dadurch verurteilt, und in Deutschland werde man sicher wohl oder übel trotz der Opposition der Katholiken auf die Dauer zur Auflösung des Reichstags gelangen müssen.

Vertinax im Echo de Paris: Die Erklärungen des Kabinetts wären befriedigender, wenn man es nicht mit einer Regierung zu tun hätte, die unter Umständen in der Lage wäre, ihre wirklichen Absichten zu verheimlichen. Zurückhaltung seitens Frankreichs sei um so mehr am Platze, als der Graf Westarp, der Chef der Nationalisten, in seiner Rede offen und reichlich sich dem Gegenstande „Marx“ angeschlossen habe. Seine Interpretation berechtige jegliches Mißtrauen, das man in die Erklärungen Marx im Auslande setzen könne.

Deure: Die Regierungserklärung hat enttäuscht. Sie ist in einem neutralen Stil abgefaßt, ihr Zeit ist elatisch und gestuft alle Auslegungen. Ein großer Teil der Erklärung sei der Sozialpolitik gewidmet, ebenso wie der Unterfertigung der Arbeitslosen und der Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Auch da sei die Erklärung sehr unglücklich, die Nationalisten hätten sich zu Konzeptionen herbeigelassen, weil sie ja unter allen Umständen in die Regierung wollten, um ihre Politik zu realisieren und die reaktionäre Sozialpolitik, die sie beabsichtigen, durchzusetzen.

Eine reifliche Billigung findet die Regierungserklärung nur im rechtsstehenden Journal, das jedoch auch meint, die Intervention des Grafen Westarp werde zu ersten Kompensationen innerhalb des Kabinetts führen. Man habe viel bemerkt, daß Strefemann im Laufe der Rede die Regierungsbank verließ, und die Intervention des Grafen Westarp sei in jeder Weise geeignet, vornehmlich die Stellung des Kabinetts im Reichstag und im Auslande zu kompromittieren.

Bekennniszwang für Deutschnationalen.

Die Frage der Ostfestungen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, aus welchen Gründen sie von dem vorher eingenommenen Standpunkt, wonach die noch dem Friedensschluß erfolgten Neubauten an den Ostfestungen mit dem Artikel 180 des Verlailler Friedensvertrages in Einklang zu bringen sind, abgewichen ist?

Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob sie der von den Deutschnationalen vertretenen Auffassung zustimmt, nach der nur das sogenannte „Mumpfskabinett“ und nicht das gesamte Kabinett zu dem in der Kabinettsitzung vom 31. Januar 1927 bezüglich der Restpunkte gefassten Beschluß die Verantwortung trägt?

Regierungsvorsitzender Dr. Stöcker in Kassel ist von der preussischen Regierung in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Der Reichstag hat heute für den Reichsfinanzminister ernannten bisherigen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. Köhler mit 46 von 68 abgegebenen Stimmen zum Finanzminister den Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Schmidt und zum Staatspräsidenten den Justizminister Dr. Frund (Zentrum).

Neuer Frontwechsel in der britischen Chinapolitik.

SPD. London, 3. Februar. (Sig. Draht.)

Innerhalb der Regierung wird jetzt, wie zuverlässig verlautet, um einen neuen Frontwechsel in der Chinapolitik, dem dritten seit vier Wochen, gerungen. Nachdem sich die Regierung darüber absolute Klarheit verschafft hat, daß Tschen's Weigerung unter dem Druck der Bajonette zu verhandeln, keinen „orientalischen Bluff“ darstellt, wie man ursprünglich angenommen hatte, scheint nunmehr die Majorität des Ministeriums bereit zu sein, die nach dem letzten Osten entsandten Truppen in Hongkong auszuschießen, anstatt sie in Schanghai zu stationieren. Der Befehl an das ursprünglich nach Schanghai bestimmte Suffol Regiment, in Hongkong zu bleiben, kann als Vorzeichen dafür beizubringen werden, jedoch kann es sicher gelten, daß die britische Regierung keine endgültige Entscheidung treffen wird, ehe sie sich in inoffiziösen Besprechungen mit Tschen darüber Sicherheit geschaffen hat, daß Tschen die Stationierung der Truppen in Hongkong nicht als Hindernis für den Abschluß der Verhandlungen betrachtet. Das gemeinsame China-Komitee der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften hat am Donnerstag eine weitere Unterredung mit dem englischen Außenminister. Es ist bemerkenswert, daß bei dieser Unterredung sowohl Ramsay MacDonald als auch der britische Ministerpräsident zugegen waren.

Die neue Lage in Mexiko.

Aus Presseberichten, die uns das mexikanische Generalkonsulat freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, ist zu ersehen, daß die neue Verfassunggebung die übergroße Anzahl der ausländischen Unternehmen nicht abgehalten hat, ihre

Konzessionen einzuziehen. Den Blättern zufolge beließen sich die Gesuche auf wenige Tausende. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die Petroleumproduktion Mexikos weiterhin im Steigen begriffen ist. Auch die Silberproduktion hat stark zugenommen, nachdem sie infolge des plötzlichen Silberpreisanstieges in den letzten Monaten etwas nachgelassen hatte. Die größten Schwierigkeiten hatte die Regierung bislang in Sachen des auswärtigen

Schuldendienstes zu bestehen. Gerade wegen der angespannten internationalen Lage bemüht sich die Regierung Colles, die Deckung ihrer Zinsverpflichtungen sicherzustellen und hat zu diesem Zweck bereits seit Juli vorigen Jahres entsprechende Deposits in der Staatsbank hinterlegt. Auch den letzten offiziellen Meldungen sind die restlichen Schwierigkeiten beseitigt, so daß die Zinszahlung vollständig erfolgt ist. Im Innern bemüht sich die Regierung weiter, ihre Kulturpolitik energisch fortzusetzen. Das Unterrichtsministerium gibt bekannt, daß im März dieses Jahres

weltweit 500 Volksschulen eröffnet werden. Damit erhöht sich die Zahl der bereits bestehenden Schulen auf 3500. Ein weiterer bemerkenswerter Schritt in der allgemeinen Volkserziehung ist damit getan.

Beneid über auswärtige Fragen.

WZB. Prag, 3. Februar. Am Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses führte Beneid gelegentlich einer Besprechung an ihn gestellte Fragen unter anderem zur Ansichtsfrege Deutschland-Oesterreich aus, er verweise auf die bestehenden Verträge, die auch von Oesterreich und Deutschland unterzeichnet worden seien. Die Tschechoslowakei bestreite in Uebereinstimmung mit den übrigen Staaten, die an diesen Verträgen beteiligt seien, auf ihre Einhaltung. Der Minister wies sich dann gegen den Vorwurf, daß die Tschechoslowakei der Gendarmen Reichs gewesen sei. Die Tschechoslowakei treibe tschechoslowakische Politik. Die bisherige Entwicklung der Beziehungen habe jedoch gezeigt, daß für die Zukunft die Union der tschechoslowakischen Außenpolitik nicht geändert zu werden brauchen.

In der Frage des Verhältnisses zum Vatikan wies Beneid sowohl den Gehanden des Kulturkampfes, als auch den des Abschlusses eines Konkordats zurück.

Am Schluß trat der Minister noch für eine normale Gestaltung des Verhältnisses zu Russland ein. Das Kabinett werde sich demnächst mit der definitiven Lösung dieser Frage beschäftigen.

Militärrevolte in Portugal. Aus Lissabon wird der Ausdruck einer Militärrevolte gemeldet. Infanterie- und Artillerieregimenter sollen sich gegen die Regierung erhoben haben.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. Cole und Margaret Cole. Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

Diese Recherchen brachten kein weiteres Ergebnis zutage, und Blake erklärte seinem Vorgesetzten, daß er alles, was in seinen Kräften stand, getan habe. Wilson hatte eine Anfrage an die Oesterreichische Polizei gerichtet und sie gebeten, nachzuforschen, aus welcher Richtung die beiden Männer in Oesterreich eingetroffen waren; aber er schien sowohl diese Feststellung an und für sich, als auch ihre Bedeutung für den Fall selbst belanglos zu halten. Ferner unternahm Wilson Schritte, alle übrigen Schiffspassagiere festzusetzen, um in Erfahrung zu bringen, ob einer von ihnen mit Rosenbaum gesprochen hätte oder seinen Aufenthaltsort mutmaßte. Diese Ermittlungen wurden der Oesterreichischen Polizei jener Distrikte, wo die betreffenden Passagiere lebten, übertragen.

Nachdem die Ermittlungen waren auf diese Weise nicht voranzutreiben, ja, jedes Ergebnis schien überhaupt in Frage gestellt. Der Fall war sozusagen auf einem toten Punkte angelangt.

In diesem Augenblick langte endlich ein Antworttelegramm von der Revolver-Polizeibehörde in Scotland Yard ein. Wilson hatte um jede mögliche Aufklärung über alle in die Sache verwickelten Personen und unter jeglichem ihm bekannten Namen — über Hugh Radlett, John Pasquet und jede Person, die etwa Namen wie „Westington“, „Rosenbaum“ oder „Robertson“ führte, gebeten. Die ausführliche Antwort schien zum Glück jene bereits von der Polizei selbst gezogenen Schlüssefolgerungen zu bekräftigen. Sie war in französischer Sprache abgefaßt, soll aber hier in der amtlichen Uebersetzung von Scotland Yard wiedergegeben werden.

„Betreffend die von ihnen gewünschten Personen sind wir in der Lage, folgende Einzelheiten anzugeben:

1. Hugh Radlett. Diese Persönlichkeit ist uns weder bekannt, noch besitzen wir irgend einen Nachweis, daß sich diese Person hier aufgehalten hat.

2. John Pasquet. Hat hier mit Unterbrechungen mehr als ein Jahr in einer möblierten Wohnung gewohnt. Er ist aus Sowjetrußland zugereist und als britischer Staatsbürger eingetragen und ist dem britischen Konsulate bekannt. Er ist hierorts als Geschäftsmann und Vertreter der Pariser Firma Cullerpep tätig und vermutlich ein russischer Geschäftler. Er ist ein über sechs Fuß großer, stämmiger, kräftig gebauter, glatt rasiertes Mann. Es war uns möglich, beigefügtes Bild zu beschaffen. Er wurde zuletzt vor drei Wochen hier gesehen und ist laut Mitteilung seiner Freunde von hier nach Warschau und von dort nach England gereist. Seine weiteren Schritte sind uns nicht bekannt, aber wir werden Sie sofort davon unterrichten, falls er hierher zurückkommt. Sein Leumund ist, wie wir hören, hierorts ausgezeichnet.

3. Westington. Ein gewisser Hugh Westington hat sich kurze Zeit, laut Anmeldung, als Gast obenbenannten John Pasquets hier aufgehalten. Er ist groß, dunkel, hat graumeliertes, dunkles Haar und grauen Schnurrbart. Er ist als amerikanischer Staatsbürger gemeldet. Wir konnten nur erfahren, daß Pasquet ihn als seinen Teilhaber bezeichnet. Er scheint während seines Aufenthaltes hier wenig ausgegangen zu sein. Unsere einzige Auskunft über ihn stammt von unserer Polizei und dem Konsulat der Vereinigten Staaten. Er ist vor einem Monat von hier nach Sowjetrußland abgereist.

4. Robertson. Alfred Robertson ist ein hierorts gut bekannter Kaufmann, der Leiter der Revolver-Filiale einer Kohlen- und allgemeinen Handelsgesellschaft mit dem Sitz Berlin.

Er ist hier am Platze sehr geachtet. Er ist klein und dick, hat dichtes Haar und trägt Schnurrbart. Alter 41 Jahre. Er ist vor kurzem, ungefähr vor 14 Tagen, von hier nach Krakau verjogen, wo er, wie wir hören, eine neue Filiale seiner Firma eröffnet hat. Er ist mit Pasquet gut bekannt, der offenbar Robertson's Bureau als Briefadresse verwandte und geschäftliche Beziehungen zu ihm unterhielt.

5. Rosenbaum. Dieser Mann, ein äußerst gefährlicher Charakter, ist ein einflussreicher bolschewistischer Agent, der uns seinerzeit viel zu schaffen gemacht hat. Er ist ein Angehöriger der Dritten Internationale, Sitz in Russland, und befindet sich meist auf Agitationsreisen für die kommunistische Internationale in den verschiedenen europäischen Staaten. In der letzten Zeit hat er sich, soweit mir unterrichtet sind, hier zu Lande nicht gezeigt, sondern ist unlängst aus Lettland nach Russland abgehoben worden. Er führt verschiedene Namen — Smerloff, Boris Braun und Wjanski. Unserer Meinung nach heißt er tatsächlich Ivan Rosenbaum. Sein wirkliches Aussehen ist uns nicht bekannt, da er seine Maste ständig zu ändern pflegt. Er ist selbstverständlich Jude. Sollte er sich in Ihrem Lande aufhalten, so ist Vorsicht am Platze. Er ist ein Mann, dem alles zuzutrauen ist.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Auskünften nützlich zu sein, und versichern Sie, in diesem wie in allen übrigen Fällen gerne zu Diensten zu stehen. P.I.P., Polizeipräsident.“

Inspektor Blake pfiff leise vor sich hin, als er diesen, ihm vom Oberinspektor Wilson vorgelegten Bericht durchlas. „Also, das ist unser Mann, nicht wahr? Zum Teufel noch mal, wie brachte es Rosenbaum fertig, Radlett's Sekretär zu werden?“

„Das ist nicht das Wertwichtige für mich, Inspektor. Ich möchte bloß wissen, weshalb er Radlett ermordet hat — falls er es tat. Oder weshalb er ihn verschleppt hat?“

„Sollte ein Mensch wie er nicht jedes Verbrechen fähig sein, Herr?“

„Oh, natürlich. Aber da die Sowjetregierung Radlett nun mal die Konzession verliehen hat, weshalb sollte ihn dann einer ihrer Agenten ermorden, um sie wieder zu entwinden. Wenn die Regierung sie ihm nicht lassen wollte, so konnte sie sie doch einfach annullieren.“

„Welleicht hat er es überhaupt nicht der Konzession wegen getan.“

„Weshalb dann? Nein, das glaube ich nicht.“

„Sprach Radlett nicht davon, daß eine besonders radikale bolschewistische Gruppe, radikaler als Lenins Anhang, ihn verfolgte?“

„Ja, so ist's. Vermutlich ist das die Erklärung. Dieser Gruppe ist kein Unterhändler der Sowjetregierung, sondern vielmehr der Agent irgendeiner linksradikalen Gruppe.“

„Das macht die Sache noch schlimmer, wenn er sich noch immer in England auf freiem Fuße befindet.“

„Zweifellos. Es muß ein äußerst gefährlicher Mensch sein. Leider bietet dieser Bericht nicht viel Anhaltspunkte für seine Ergreifung.“

„Aber wenigstens stellt er doch einen Punkt der ganzen Sache klar, Herr. Er sagt uns, wer Robertson ist, und scheidet ihn aus.“

„Um. Nun ja. Robertson scheint lediglich als gelegene Postadresse gedient zu haben. Aber was nützt das schon? Die Hauptsache ist und bleibt, Rosenbaum zu finden.“

„Die ganze Woche hindurch machte die politische Polizei Jagd auf ihn, Herr, aber bisher erfolglos.“

„Nun, Blake, lassen Sie sie weiter Jagd machen. Sie selbst aber dürfen den Versuch nicht aufgeben, den Wurzeln auf eigene Faust aufzuspüren. Bis wir ihn nicht haben, können wir faktisch nicht weiterkommen.“

[Fortsetzung folgt.]